

Sag, wie hältst Du's mit Grün-Rot? Die grün-rote Landesregierung im Urteil der Wähler 2011 bis 2015

Blumenberg, Johannes N.; Faas, Thorsten

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Blumenberg, J. N., & Faas, T. (2017). Sag, wie hältst Du's mit Grün-Rot? Die grün-rote Landesregierung im Urteil der Wähler 2011 bis 2015. In F. Hörisch, & S. Wurster (Hrsg.), *Das grün-rote Experiment in Baden-Württemberg: eine Bilanz der Landesregierung Kretschmann 2011-2016* (S. 361-381). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-14868-3_14

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Sag, wie hältst Du's mit Grün-Rot? Die grün-rote Landesregierung im Urteil der Wähler 2011 bis 2015

Johannes N. Blumenberg und Thorsten Faas

Zusammenfassung

In unserem Beitrag analysieren wir, wie die Bürgerinnen und Bürger den Regierungswechsel und die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die neue grün-rote Regierung wahrgenommen, wie sich die Regierungs- und Parteizufriedenheit (ausgedrückt durch die hypothetische Wahlentscheidung) im Zeitverlauf entwickelt haben und was die Determinanten der Zufriedenheit sind. Unsere Analysen basieren dabei auf insgesamt sechs repräsentativen telefonischen Befragungen im Zeitraum von November 2011 bis Oktober 2015. Wir können zeigen, dass im Laufe der Legislaturperiode die vor der Wahl stattgefundenen Ereignisse mehr und mehr an Bedeutung für die Bewertung der Regierungsleistung verlieren. Die Landesregierung gewinnt indes parteiübergreifend an Zustimmung und Akzeptanz. Der wichtigste Faktor ist hierbei die Zeit. So schafft es die Regierung um Ministerpräsident Kretschmann nach anfänglicher „Normalisierung“ aus einer vorübergehenden polarisierenden und hoch emotionalen Phase als stabilisierender Faktor hervorzutreten und auch mittelfristig Wähler anderer Parteien, insbesondere auch der CDU, für sich zu gewinnen.

J.N. Blumenberg (✉)

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Mannheim, Deutschland

E-Mail: johannes.blumenberg@gesis.org

T. Faas

Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Mainz, Deutschland

E-Mail: thorsten.faas@uni-mainz.de

1 Einleitung und Fragestellung

Die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011 war in vielerlei Hinsicht eine besondere. Dies gilt sowohl mit Blick auf die Zeit vor der Wahl als auch für die Zeit danach. Schon die Zeit vor der Wahl war durch eine außergewöhnlich starke Emotionalisierung und Polarisierung geprägt. Im Februar 2010 übernahm Stefan Mappus (CDU) das Amt des Ministerpräsidenten von Günther Oettinger, der als EU-Kommissar nach Brüssel wechselte. Mit Mappus zog ein neuer Typus Ministerpräsident in die Villa Reitzenstein ein: ein Typ, der zuspitzen (und anecken) wollte. Gleichzeitig polarisierte die politische Themenlage in Baden-Württemberg und insbesondere in Stuttgart, wo das Großbauprojekt „Stuttgart 21“ ganz besonders die Gemüter erregte. Montagsdemonstrationen gegen das von Bahn, Bund und Land vorangetriebene Bauprojekt mit mehreren tausend Teilnehmern wurden im Verlauf des Jahres 2010 der Regelfall, von denen sich die Regierung unter Stefan Mappus aber demonstrativ nicht beeindrucken lassen wollte. Seinen traurigen Höhepunkt fand diese Entwicklung am „schwarzen Donnerstag“: Friedliche Demonstrationen im Stuttgarter Schlossgarten eskalierten, als die Polizei mit Wasserwerfern gegen die Demonstranten vorging. Auf beiden Seiten waren am Ende des Tages zahlreiche, teils schwer verletzte Personen zu verzeichnen, zudem gingen Bilder um die Welt, wie man sie aus dem sonst so geordneten und beschaulichen Baden-Württemberg in dieser Weise noch nie gesehen hatte. Nach dieser Eskalation lenkte die Regierung ein. Als Symbol dieses Einlenkens kann beispielsweise eine Schlichtungsrunde unter Leitung von Heiner Geißler gesehen werden, in deren Rahmen sich Befürworter und Gegner des Projekts an einem runden Tisch gegenüber saßen und teils kleinteiligst über das Bauprojekt diskutierten. Eine gewisse Befriedigung ging damit zwar einher, aber der vorgelegte Kompromissvorschlag verpuffte letztlich. Die Fronten blieben verhärtet.

Zu einer weiteren Emotionalisierung unmittelbar vor der Wahl führte die Atomkatastrophe von Fukushima. Das Ereignis wirkte sich auch direkt auf den sich in der heißen Phase befindlichen Wahlkampf aus, ließ es sich doch passgenau in die ohnehin schon vorhandene Konfliktstruktur einbetten: Mit Stefan Mappus stand ein Politiker an der Spitze des Landes, der „den Ausstieg aus dem Ausstieg“ (aus der Kernenergie) mehr als andere forciert hatte. Dem standen die Grünen als traditionelle Partei der Kernkraftgegner gegenüber. CDU und Grüne definierten vor dem Hintergrund dieser beiden Konflikte die Pole der Auseinandersetzung im Wahlkampf 2011.

Am Ende des hoch emotionalen und polarisierten Wahlkampfs stand schließlich eine Wahl, welche ebenfalls durch ihre Einzigartigkeit heraussticht. So lag, ebenfalls

hervorgehoben durch die soeben beschriebenen Effekte, im Vergleich zu 2006 die Wahlbeteiligung mit 66,3 % (gegenüber 53,4 %) besonders hoch. Vor allem aber hatten Grüne und SPD am Ende des Wahlabends eine Mehrheit vor CDU und FDP. Nach 58 Jahren fand die Zeit CDU-geführter Landesregierungen im Ländle damit ein Ende. Mehr noch: Weil die Grünen am Ende einen Prozentpunkt vor der SPD lagen, wurde eine deutsche Staatskanzlei erstmals von den Grünen als führender Regierungspartei übernommen. Winfried Kretschmann wurde am 12. Mai 2011 als erster grüner Ministerpräsident in Deutschland gewählt.

Damit waren die turbulenten Zeiten für Baden-Württemberg aber noch nicht gänzlich vorbei. Da sich die Grünen und SPD in den Koalitionsverhandlungen mit Blick auf das Bauprojekt „Stuttgart 21“ nicht über den Inhalt, sondern nur auf ein Verfahren verständigen konnten, kam es am 27. November 2011 zu einer Volksabstimmung über das Bauprojekt. Während sich die Grünen noch im Wahlkampf eng an die Seite der Projektgegner gestellt hatten, unterstützte die SPD – zusammen mit CDU und FDP – das Projekt offiziell. Diese Uneinigkeit in einem wichtigen Thema stellte die neue Koalition direkt auf eine erste und zugleich ernste Probe. Der Abend der Volksabstimmung lieferte jedoch ein klares Votum und damit auch die Lösung: Baden-Württemberg hatte sich mehrheitlich, bei hoher Beteiligung an der Abstimmung, *für* das Bauprojekt ausgesprochen. Ministerpräsident Kretschmann erklärte umgehend, er werde dieses Votum akzeptieren, Stuttgart 21 würde somit gebaut. Da Kanzlerin Merkel auf Bundesebene zudem die Energiewende und den Atomausstieg auf den Weg brachte, waren die emotionalisierenden und polarisierenden Großthemen, die noch die Landtagswahl und den vorausgehenden Wahlkampf geprägt hatten, zumindest auf der Sachebene beschwichtigt. Der politische Alltag für die neue grün-rote Regierung konnte beginnen. Mit der ruhigeren politischen Lage konnten damit auch das Land und seine Wähler nach der Phase extremer Polarisierung wieder in weniger turbulentes Fahrwasser zurückkehren. Die Zeit war wieder reif für geregelte politische Muster.

Aber wie sehen die Bürgerinnen und Bürger des Landes dies? Ob die Sachlage für sie, also diejenigen, die den Umbruch im Land verursacht hatten, genauso klar ist, bleibt eine empirische Frage. Und genau dieser möchten wir uns im Rahmen dieses Beitrags widmen: Wie haben die Bürgerinnen und Bürger den Regierungswechsel und die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die neue grün-rote Regierung wahrgenommen und bewertet? Ist die Polarisierung auch aus den Köpfen der Bürger verschwunden? Wie entwickelt sich die Regierungszufriedenheit im Zeitverlauf und was sind die Determinanten dieser Zufriedenheit?

Um diese Fragen zu beantworten, nähern wir uns dem Phänomen der Wahrnehmung von Parteien und Regierung zunächst aus theoretischer Sicht und leiten

aus der Diskussion Hypothesen ab. Im zweiten Schritt stellen wir unsere empirische Datenbasis vor, die aus einer Reihe von repräsentativen Telefonbefragungen in Baden-Württemberg im Zeitraum von 2011 bis 2015 besteht. Auf dieser Basis präsentieren wir dann unsere Ergebnisse.

2 **Wie werden Parteien und Regierungen bewertet? Einige theoretische Überlegungen**

Auch aus theoretischer Perspektive ist die Situation in Baden-Württemberg nach der Landtagswahl 2011 keineswegs trivial, was insbesondere für die Bewertung der Regierungsleistung und die Parteien gilt. Denn wie soll ein Wähler eine neue Regierung bewerten, von der er praktisch nichts weiß – vor allem, wenn diese ganz neu „im Geschäft“ ist?

Einen möglichen ersten Ansatzpunkt liefert der Teil der politikwissenschaftlichen Literatur, der sich mit den Hintergründen von Kompetenzurteilen für Parteien beschäftigt. Um solche Kompetenzurteile seitens der Bürger verstehen und erklären zu können, haben Peffley et al. (1987) zwei Modelle vorgeschlagen: Zunächst diskutieren sie ein Modell des *intuitive statistician*. Wie ein Statistiker führt der Bürger demnach Buch über die Leistungen politischer Akteure und bewertet ihre Kompetenz entsprechend. Im Kern bedeutet dies: „The citizen forms expectations about party competence on the basis of past party performance“ (Peffley et al. 1987, S. 101, siehe auch Fiorina 1981). In dieser Logik argumentiert auch Butt (2006, S. 747): Kompetenzbeurteilungen „are largely determined by the success or failure of the current government“. Diesen Überlegungen stellen Peffley et al. (1987) ein Modell des *cognitive miser* als Alternative gegenüber. Demnach nutzen die Bürger bestimmte Heuristiken, um sich auch ohne eine tagtägliche Beobachtung tatsächlicher Ereignisse ein Bild der Kompetenzverteilung machen zu können. Gerade parteipolitischen Erwägungen kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Eine Möglichkeit besteht darin, dass Wähler der Partei, der sie sich ohnehin langfristig verbunden fühlen, Kompetenzen in einzelnen Politikfeldern (oder auch übergreifend) zuschreiben. Das gibt ihnen eine sehr einfache und effiziente Entscheidungsregel. Als zweite Möglichkeit können Bürger auch auf bestimmte, langfristige Parteiimages oder ideologisch geprägte Heuristiken zurückgreifen: „The party’s ideology consequently provides a convenient information short-cut for voters who cannot judge every detail expertly. In calculating likely utility outcomes, the voter can orient herself according to the general view promoted by the party. It is only rational to do this in the short term, however“ (Evans 2004, S. 77). Natürlich kann dies nur funktionieren, wenn solche

Images oder die Ideologie auch politikfeldbezogene Diskriminierungen ermöglichen. Dafür, dass dies der Fall ist, gibt es auch Hinweise in der Literatur. Petrocik (1996) etwa hat die Idee eines *issue ownership* formuliert, wonach Parteien bestimmte Themen besetzen. Mit dieser erhöhten Salienz geht in der Regel auch eine Wahrnehmung seitens der Bürger einher, dass diese Parteien in diesen Bereichen besonders kompetent sind. Ein prototypisches Beispiel hierfür sind grüne Parteien, die Fragen des Umweltschutzes große Bedeutung beimessen und denen in der Regel auch eine hohe Kompetenz auf diesem Gebiet zugesprochen wird. Für den Bürger bietet auch dies eine vergleichsweise einfache Entscheidungsregel: Er muss a) ein Problem wahrnehmen und b) ein Bild von den zugehörigen Issueprioritäten (und damit verknüpft – kompetenzen) der Parteien haben, um eine Entscheidung treffen zu können.

Dieses Modell des *cognitive miser* sollte besonders bei Oppositionsparteien greifen, denn deren Fall bereitet dem alternativen Modell des *intuitive statistician* Probleme. Schließlich gilt, dass „for the opposition, current performance, over which the party has had no control, provides no such clues as to the party's competence“ (Butt 2006, S. 747). Butt diskutiert am Beispiel des britischen Systems zwar die Möglichkeit, dass die Bewertungen der Opposition schlicht das genaue Gegenteil der Bewertungen der Regierung sind. Gerade für Oppositionsparteien aber erwartet auch sie, dass Parteiimages eine gewichtige Rolle zukommt – was für ein *cognitive mising* spricht.

Um zu einem unsere Analysen leitenden Modell zu kommen, wollen wir diese Überlegungen noch mit dem sozialpsychologischen Modell des Wählerverhaltens verbinden. Auch hier ergibt sich politisches Verhalten aus einem Zusammenspiel von kurz- und längerfristigen Faktoren: Unter Parteiidentifikation, dem zentralen langfristigen Faktor des Modells, wird eine „individual's affective orientation to an important group-object in his environment“ (Campbell et al. 1960, S. 121) verstanden. Ihren Ursprung findet sie in der politischen Primärsozialisation im Elternhaus und wird durch die mehrmalige Beteiligung an einer Wahl weiter verstärkt. Gleichzeitig ist die stabile Parteiidentifikation das Destillat aller politischen Ereignisse, die das Verhältnis einer Person zu einer Partei im Laufe ihres Lebens geprägt haben. Die Parteiidentifikation ist allen anderen Elementen des Modells zeitlich und kausal vorgelagert und relativ robust (Franklin 1984, S. 459). Innerhalb der Determinantentrias des sozialpsychologischen Ansatzes, ist das Verhältnis des Einflusses der Parteiidentifikation somit asymmetrisch zugunsten der Parteiidentifikation verteilt (Schoen und Weins 2014, S. 159).

Vervollständigt wird der sozialpsychologische Ansatz durch zwei kurzfristige Faktoren, nämlich die Einstellungen zu politischen Sachfragen und zu den politischen Kandidaten, welche weitaus wechselhafter sind als die Parteiidentifikation.

Aus dem Zusammenwirken dieser drei Faktoren – wobei die Parteiidentifikation als WahrnehmungsfILTER auch die Bewertungen der kurzfristigen Größen beeinflusst – ergeben sich bei Campbell et al. (1960) dann Wahlentscheidungen. Als Regel kann zudem festgehalten werden, dass sich die starke Wahrnehmung von Sachthemen und die zugeschriebene Lösungskompetenz positiv auf Wahlbeteiligung und Parteienwahl auswirken. Die Wahlentscheidung ist zudem umso stabiler, je besser die drei Determinanten zusammenpassen. Unterscheiden sich die verschiedenen Einflussfaktoren jedoch, dann ist die Wahlentscheidung nicht mehr einfach zu bestimmen. „Die Parallele zum Konzept der cross-pressure ist augenscheinlich; allerdings mit dem Unterschied, daß Lazarsfeld u. a. nicht angeben, über welche subjektive Begründung der individuelle Wähler sich aus seiner politischen Prädisposition löst. Dies wird im sozialpsychologischen Konzept dadurch angenommen, daß er entweder den Kandidaten oder die vorgeschlagenen Problemlösungen einer anderen Partei höher bewertet (Auflösung des kognitiven Spannungszustandes)“ (Bürklin 1988, S. 55).

Im Kontext der Amtsübernahme einer neuen Regierung sind gewisse Anpassungen an das Wahl- und Bewertungsmodell des sozialpsychologischen Ansatzes nötig: Auch hier wäre zunächst zu erwarten, dass die die Regierung tragenden Parteien zunächst vor allem unter langfristigen Aspekten bewertet werden, da sie im Amt noch nichts geleistet haben können. Erst im Laufe der Zeit erlaubt das Regierungshandeln auch belastbarere Bewertungen von Sachfragen. Zugleich gilt natürlich auch, dass Parteien mit bestimmten Themen (und erst recht Kandidaten) im Wahlkampf präsent gewesen sind, wenn auch bezogen auf Sachfragen eher in Form von Versprechen und Ankündigungen.

Abb. 1 zeigt das bei den folgenden Analysen zum Tragen kommende Modell im Überblick.

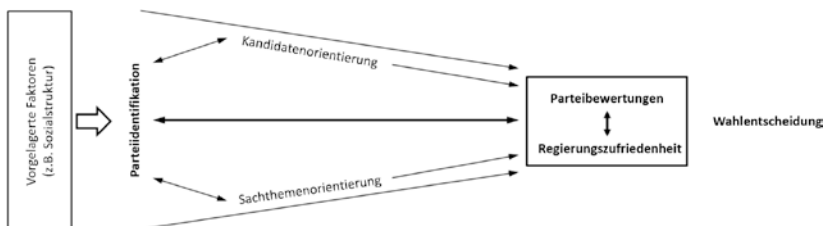


Abb. 1 Das erweiterte Modell der sozialpsychologischen Schule. (Quelle: Eigene Darstellung)

Gegeben unser Modell gehen wir davon aus, dass die Einstellungen zur neuen grün-roten Regierung in der ersten Zeit nach der Landtagswahl primär von den langfristigen Komponenten des Modells – erfasst durch vorgelagerte Faktoren und die Parteiidentifikation – sowie die mit der neuen Regierung verbundenen Hoffnungen (und Besorgnisse) beeinflusst werden. Wähler, die an dem Zustandekommen dieser Regierung mitgewirkt haben, dürften aus diesem Grunde der Regierung zunächst zu- und Wähler der Oppositionsparteien eher der Regierung abgeneigt sein.

Im Laufe der Legislaturperiode verändern sich diese Verhältnisse in Abhängigkeit von der Regierungsleistung: Durch ihr Handeln wird die Regierung auch durch den Wähler bewertbar. In Folge sinkt die Relevanz der vorgelagerten und langfristigen Faktoren im Bezug auf die Bewertung der Regierungsleistung. Statt dessen spielen Sachthemen und Politiker eine größere Rolle für die Bewertung der Parteien im Allgemeinen und die Bewertung der Regierung im Besonderen.

Regierungszufriedenheit und Parteibewertungen sind dabei interdependent. Diese Interdependenz dürfte jedoch asymmetrisch sein: Die Landesregierung, welche mehr als nur die Gesamtheit der Regierungskoalition ist, wird für ihr Regierungsgeschäft auch von den Parteien losgelöst bewertet. Gleichsam strahlen die Parteibewertungen natürlich auf sie aus und eine negative oder positive Regierungsleistung hat Einfluss auf die Parteibewertungen. In der wahlsoziologischen Literatur, aber auch im Mediendiskurs, findet sich dieser Effekt als „Regierungsbonus“ und „Ministerpräsidentenbonus“ (bei der Asymmetrie zwischen den Regierungsparteien) wieder.

Unsere Thesen für die Sachthemen lassen sich noch weiter konkretisieren. So gehen wir davon aus, dass – wenn die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen greifen – sich die Relevanz von Stuttgart 21 für die Regierungsbewertung abschwächt.

All die zuvor geschilderten Überlegungen und Thesen münden schließlich stark verdichtet in der fiktiven Wahlentscheidung, welche wir zwischen den Landtagswahlen im Sinne einer Sonntagsfrage messen und welche in Ultimo für uns der Gradmesser für das Projekt erste grün-rote Landesregierung sein soll.

3 Kontext und Datenbasis

Um unsere Hypothesen auch empirisch prüfen zu können, stehen uns die im Rahmen der Studie „Volksabstimmung ,Stuttgart 21“¹ gewonnenen Daten zur Verfügung. Die insgesamt sechs telefonisch erhobenen Querschnittsbefragungen im Zeitraum zwischen dem 04.11.2011 und dem 08.10.2015 ermöglichen dabei einen jährlichen Einblick in die Bewertungen und Ansichten der Wähler. Mit Ausnahme der ersten beiden Befragungen wurden dabei die Befragungen stets im Spätsommer des jeweiligen Jahres durchgeführt. Die Abweichung bei den ersten beiden Befragungen ergibt sich dabei aus dem Zeitpunkt der Volksabstimmung zu Stuttgart 21. Ziel der Studie „Volksabstimmung ,Stuttgart 21“ war es insbesondere den Effekt des Referendums zu untersuchen. Hierzu wurden zunächst zwei Befragungen durchgeführt: eine direkt vor und eine direkt nach der Abstimmung. Dies erklärt sowohl, weshalb im Jahr 2011 zwei Befragungen durchgeführt wurden, als auch, weshalb deren Erhebungszeiträume vergleichsweise nah beieinander liegen.

Die anschließenden Befragungen ab dem Sommer 2012 dienten hingegen primär der langfristigen Beobachtung der Einstellungen innerhalb der Bevölkerung, sodass längere Befragungszeiträume zugelassen werden konnten. Einen Überblick über die Fallzahlen und Erhebungszeiträume der Telefonstichproben gibt Tab. 1.

Im Rahmen der durchgeführten Studien wurden zudem – erneut aus dem Fokus des Projektes heraus – in Stuttgart überproportional viele Personen befragt, um deren spezifische Einstellungen zum Infrastrukturprojekt „Stuttgart 21“ zu messen. Da dies jedoch nicht das Hauptinteresse der vorliegenden Analyse ist, wurden die Daten für die folgenden Analysen so gewichtet, dass Stuttgarter gemäß ihrem Anteil in der Bevölkerung repräsentiert werden.² Neben dieser Designgewichtung werden für die deskriptiven Analysen Design- und soziodemografische Gewichte verwendet.

¹Diese Studie wiederum ist aus einer Studie zur baden-württembergischen Landtagswahl 2011, der „Wahlstudie Baden-Württemberg 2011“ (siehe Faas und Blumenberg Faas 2012 für eine genauere Studienbeschreibung), hervorgegangen und wurde von dem Staatsministerium von Baden-Württemberg finanziert.

²Hierbei gibt es zudem noch einen Unterschied zwischen den ersten beiden Befragungen und den letzten vier Befragungen. Wurden im ersten Fall noch gesonderte Stichproben für Stuttgart gezogen, waren diese ab der dritten Befragung nicht mehr eigenständig. Das bedeutet, dass in der Hauptstichprobe für Baden-Württemberg ab der dritten Befragung keine Stuttgarter enthalten sind. Dies macht ab der dritten Befragung eine Designgewichtung notwendig.

Tab. 1 Übersicht über die Erhebungszeiträume, Fallzahlen und soziodemografische Zusammensetzung der Stichproben (ungewichtete Daten)

	Institut	n	Befragungszeit- raum	Anteil Frauen (%)	Anteil hohe Bildung (%)	Arithmetisches Mittel des Alters
<i>Landtagswahl 27.03.2011</i>						
1	YouGov	1002	04.11.2011 bis 18.11.2011	50,8	47,8	52,5
<i>Volksabstimmung 27.11.2011</i>						
2	YouGov	1000	28.11.2011 bis 10.12.2011	53,5	50,8	50,2
3	Ipsos	1704	13.08.2012 bis 29.08.2012	53,4	48,4	53,3
4	Ipsos	1732	15.07.2013 bis 16.08.2013	54,5	53,2	53,7
5	Ipsos	1702	18.08.2014 bis 29.09.2014	54,6	56,3	53,4
6	Ipsos	1301	31.08.2015 bis 08.10.2015	53,8	56,1	55,5
<i>Landtagswahl 13.03.2016</i>						

Die Analysestrategie der folgenden Analyse baut auf zwei unterschiedlichen Zugängen auf. Zunächst werden die für den Untersuchungszeitraum (Landtagswahl 2011 bis Landtagswahl 2016) vorliegenden Daten deskriptiv dargestellt. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf der Bewertung der Regierung und Verschiebungen bei den prognostizierten Stimmenverhältnissen liegen. Anschließend erfolgt gemäß den formulierten Hypothesen eine multivariate Analyse des Einflusses des Erhebungszeitraumes und anderer Faktoren auf die Bewertungen der Regierung und die hypothetische Wahl ausgewählter Parteien des baden-württembergischen Landtages. Die Regierungszufriedenheit wird dabei durch eine direkte Zufriedenheitsmessung erfasst. Hierbei wurden die Befragten gebeten anzugeben, wie zufrieden sie mit den Leistungen der Regierung auf einer Skala von -5 „sehr unzufrieden“ bis +5 „sehr zufrieden“ sind.

Als Einflussfaktoren auf die Regierungszufriedenheit und die Parteiwahl werden die Parteiidentifikation (als langfristige Determinante), die Haltung zu Stuttgart 21 (als wichtigstes Sachthema vor der Wahl) sowie die sogenannten Skalometerdaten aufgenommen. In Ermangelung geeigneter Variablen muss die Kandidatendimension in unserer Analyse unberücksichtigt bleiben.

Die Parteiidentifikation wird durch mehrere Dummy-Variablen mit den Ausprägungen „CDU“, „SPD“, „B90“, „keine“ und „andere“ Parteiidentifikation ausgedrückt und basiert auf der für Deutschland üblichen Abfrage über die Zuneigung zu einer bestimmten Partei.

Die Haltung zum Positionssissue Stuttgart 21 ist bei den meisten Personen sehr klar und über den Projektverlauf sehr stabil. Aufgrund dieses Umstandes wurde die Haltung zu Stuttgart 21 auch in der Studie zur Volksabstimmung zu Stuttgart 21 sehr stark verdichtet abgefragt, in dem nur die Ausprägungen „Befürworter“, „Gegner“ und „Unentschlossene“ ohne weitere Abstufungen zugelassen wurden. Die resultierende nominale Variable wurde ebenfalls dichotomisiert. Referenzgruppe ist bei allen Analysen die Gruppe der Befürworter des Projekts.

Bei den Skalometerdaten wurde danach gefragt, was die Respondenten auf einer Skala von -5 („überhaupt nichts“) bis $+5$ („sehr viel“) von den Parteien in Baden-Württemberg halten. Diese Variablen wurden unverändert in die Analyse aufgenommen.

Neben den inhaltlichen Variablen gehen das Alter der Befragten, ihr Geschlecht sowie der formale Bildungsgrad in die Analyse als vorgelagerte Faktoren (siehe Modell) ein. Der formale Bildungsgrad ist gleichbedeutend mit schulischer Bildung, welche auf die Niveaus niedrig (kein Abschluss und Hauptschulabschluss sowie Äquivalente), mittel (Realschulabschluss und äquivalent) und hoch (Fachhochschulreife, Abitur und Äquivalente) verdichtet und abermals dichotomisiert wurde.

4 Analysen

Bevor wir tiefer in die Analyse anhand unserer eigenen vorgestellten Daten einsteigen, möchten wir zunächst noch einmal einen Blick auf die Veränderungen bei der sogenannten Sonntagsfrage im Zeitverlauf werfen, die von Markt- und Meinungsforschungsinstituten regelmäßig erhoben wird und die einen ersten Einblick in den Verlauf der Bewertung der Parteien innerhalb des Zeitraumes gibt. Abb. 2 stellt die aggregierten Sonntagsfragenergebnisse im Zeitraum sowie die Ergebnisse der baden-württembergischen Landtagswahlen 2011 und 2016 in Form einer geglätteten (LOWESS) Trendlinie dar. Die senkrechten Linien in der Abbildung markieren dabei die wichtigsten politischen Ereignisse im Untersuchungszeitraum: die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011, die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 vom 27. November 2011 sowie die Landtagswahl vom 13. März 2016.

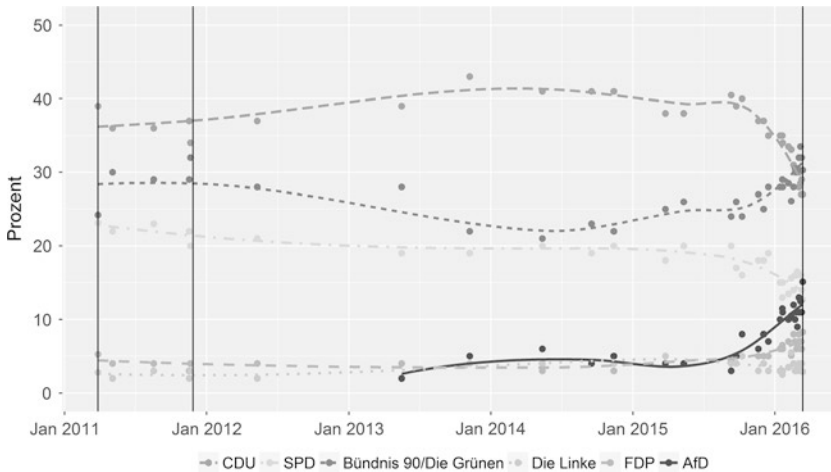


Abb. 2 Prozentuale Stimmenanteile bei den Landtagswahlen 2011 und 2016 sowie Ergebnisse der „Sonntagsfragen“ verschiedener Institute (geglättet). (Quelle: Wahlrecht.de, eigene Berechnungen)

Wie bereits in der Einleitung skizziert, begann das Jahr 2011 aus politischer Sicht mehr als turbulent. Die Nachwirkungen des Fukushima-Unglücks, das Glaubwürdigkeitsdefizit der CDU und die Emotionalität des Themas Stuttgart 21 (Blumenberg und Faas 2013, Faas und Blumenberg 2013) hatten dazu geführt, dass die 58 Jahre „gouvernementale“ Dauerpräsenz (Gabriel und Kornelius 2012, S. 784) der CDU in Baden-Württemberg durchbrochen wurde (Brettschneider und Schwarz 2013; Roth 2013).

Vor diesem Hintergrund ist auch die in der Abbildung zunächst deutlich werdende Polarisierung des Parteiensystems nach der Wahl zu verstehen: Während die CDU erneut zu ihrer alten Stärke zurückfindet, verlieren die Grünen nach einem Umfragehoch kurz nach der Wahl bis zu ihrem Tiefpunkt im Mai 2014 in Höhe von 21 % (also rund 9 Prozentpunkte niedriger als bei einer Prognose im Mai 2011) kontinuierlich. Die für die SPD vorhergesagten Werte bleiben im gleichen Zeitraum vergleichsweise stabil. Gehen wir davon aus, dass unsere oben formulierte Hypothese stimmt, dass die Regierungs- und Parteienperceptionen nach der Wahl vornehmlich durch langfristige Komponenten geprägt sind, so ist die Polarisierung also nur als Normalisierungseffekt zu sehen.

Bemerkenswert ist jedoch, dass sich rund ein halbes Jahr vor der Landtagswahl 2016 das Bild noch einmal merklich verändert. Die (bundespolitisch)

erstarkte Alternative für Deutschland, die Grünen und die FDP gewinnen deutlich an Stimmen hinzu, während die SPD und in noch viel größerem Maße die CDU verlieren.

Dass dieser Umstand wenig bis gar nichts mit dem für die Landtagswahl 2011 maßgeblich verantwortlichen Thema Stuttgart 21 zu tun haben sollte, verdeutlicht Abb. 3, welche die Anteile der Befürworter und Gegner von Stuttgart 21 im Zeitverlauf betrachtet darstellt.

So zeigt sich in dieser Abbildung auf Aggregatebene die gleiche extrem hohe Stabilität bei der Verteilung der Anteile, die wir auch schon in früheren Untersuchungen nachweisen konnten (Blumenberg und Faas 2012, 2013; Faas und Blumenberg 2013). Auch mit Hinblick auf die Individualebene lässt sich dies nachvollziehen (nicht gezeigt). Die Einstellung zu Stuttgart 21 sind somit auch nicht als Auslöser für die in Abb. 2 erkennbaren Verschiebungen bei den Stimmenverhältnissen zu verdächtigen.

Vielmehr dürfte die Ursache in der von uns formulierten These zu finden sein, dass die Bewertung der Regierungsleistung und der Parteien während der Legislaturperiode immer stärker von den Sachthemen und Politikerbewertungen abhängen.

War es so, dass die Regierung Kretschmann aufgrund äußerer (für die Grünen auch glücklicher) Umstände an die Regierung gekommen ist, konnte die

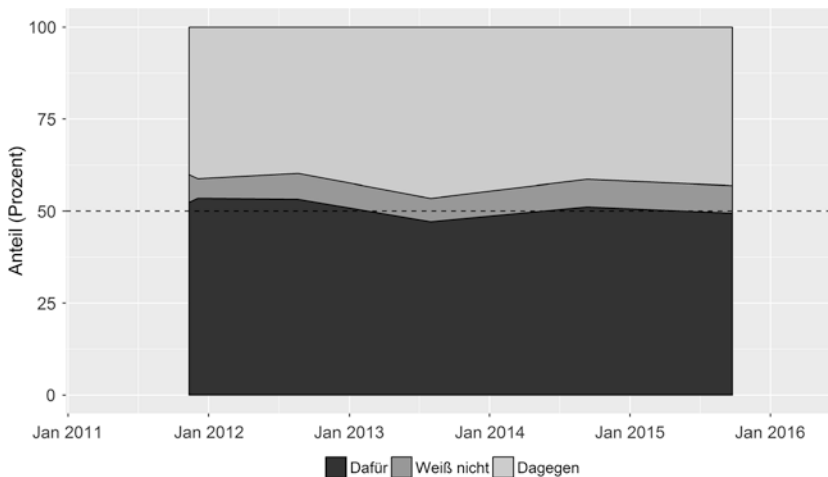


Abb. 3 Anteil Befürworter und Gegner von Stuttgart 21 im Zeitverlauf. (Quelle: Eigene Berechnungen)

Regierung ein halbes Jahr vor der Wahl vermehrt Wähler der anderen Parteien überzeugen. Dies ist auch aus dem Kontext heraus plausibel, da es zumindest im Mediendiskurs neben Stuttgart 21 keine Sachthemen gab, die in diesem Zeitraum größere Veränderungen hervorgerufen haben könnten.

Näherungsweise lässt sich auch diese Hypothese über die Betrachtung des Zeitverlaufes überprüfen. In Abb. 4 werden die Entwicklungen der Regierungs- und Parteebewertungen im Untersuchungszeitraum dargestellt. Die senkrechten Linien markieren erneut die beiden Landtagswahlen sowie die Volksabstimmung. Anhand der grauen senkrechten Schattierung im Hintergrund der Linien und der dazugehörigen Punkte sind die Befragungszeiträume der Telefonumfragen visualisiert.

In dieser Abbildung lässt sich zunächst eine Annäherung der Parteien CDU und die Grünen erkennen. Auch diese ist als Normalisierung zu interpretieren, wenn man davon ausgeht, dass die relativ schlechte Bewertung der CDU maßgeblich mit Fukushima und Stuttgart 21 zusammenhängt. Doch auch hier zeigt sich gegen Ende des Jahres 2015 eine gegenläufige Tendenz. Gleichzeitig ist auffällig, dass die Grünen zwar im ersten Teil des Beobachtungszeitraumes vergleichsweise positiv wahrgenommen werden, dies aber in der Mitte des Beobachtungszeitraumes abfällt. Stattdessen steigt die Regierungsbewertung nach einem Tief Mitte

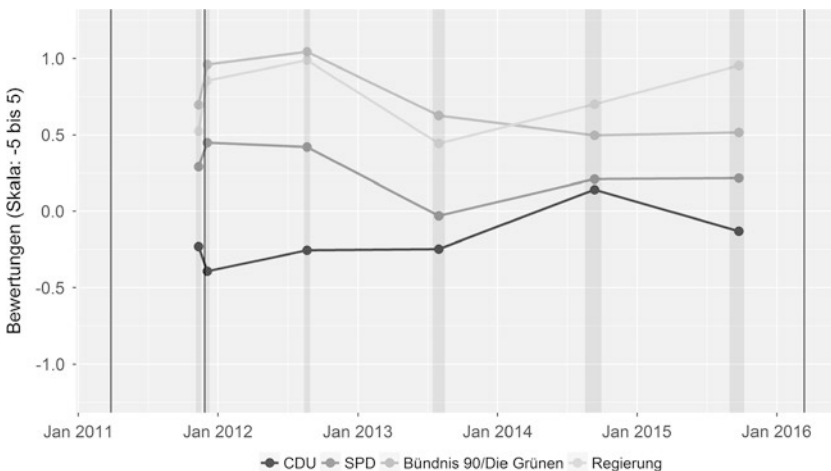


Abb. 4 Entwicklungen der Regierungs- und Parteebewertungen im Zeitverlauf. (Quelle: Eigene Berechnungen)

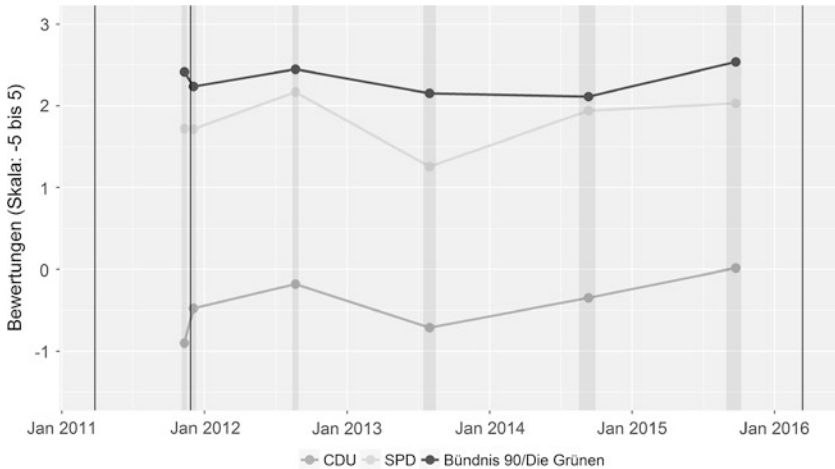


Abb. 5 Entwicklung der Regierungsbewertung im Zeitverlauf in Abhängigkeit von den jeweiligen Parteiidentifikationen. (Quelle: Eigene Berechnungen)

des Jahres 2013 um 0,5 Punkte auf der 11er Skala³ an, während im gleichen Zeitraum alle Parteien in ihren Bewertungen absinken. Diese Perspektive bestätigt also die Vermutung, dass die Zufriedenheit mit der Regierung lagerübergreifend sein könnte.

Durch eine erneute Betrachtung der Entwicklung der Regierungsbewertung im Zeitverlauf lässt sich auch diese Aussage weiter absichern, wenngleich die Aussage auf die CDU zu begrenzen ist. In Abb. 5 wird die Bewertung der Regierung nach den unterschiedlichen Parteiidentifikationen getrennt dargestellt. Wie durch unsere Hypothesen formuliert ist dabei die Zufriedenheit mit der Regierung zunächst bei den Befragten am größten, die eine Parteiidentifikation mit den Grünen oder der SPD aufweisen. Aufseiten der CDU-Parteiidentifizierer hingegen ist ebenfalls ein Trend erkennbar: Waren diese kurz vor der Volksabstimmung im arithmetischen Mittel noch leicht unzufrieden mit der Regierung (−0,9), steigerte sich der Zufriedenheitswert ab Mitte 2013 im arithmetischen Mittel auf den Skalenpunkt „weder zufrieden, noch unzufrieden“ in der Mitte des Jahres 2015.

³Der Umstand, dass es sich bei den dargestellten Fragen um eine sehr kleinteilige Skala handelt, welche nur aus Darstellungsgründen auf den Wertebereich −1 bis 1 begrenzt wurde, sollte bei der Interpretation unbedingt Rechnung getragen werden.

Aus der Deskription der Verläufe im Untersuchungszeitraum heraus wird also deutlich, dass der Erfolg der Grünen bei den Sonntagsfragen maßgeblich mit der parteiübergreifenden Zufriedenheit mit der Regierung zusammenhängen könnte. Wie formuliert nimmt im gleichen Atemzug die hohe Relevanz der langfristigen Determinanten für die Regierungs- und Parteienbewertungen ab.

Diese Befunde sichern wir im Folgenden auch mit einer multivariaten Analyse ab, welche zunächst die Einflussfaktoren auf die Regierungszufriedenheit auf der Individualebene untersucht und anschließend die Determinanten der Grünen- und der CDU-Wahl in den Mittelpunkt rückt.

Abb. 6 stellt die Ergebnisse einer linearen Regression mit der Regierungszufriedenheit als abhängige Variable grafisch dar. Abgetragen werden jeweils die Größen der jeweiligen Regressionskoeffizienten (Punkte). Als waagerechte Linien erscheinen die Konfidenzintervalle für ein Vertrauensniveau von 0,95. Da die Varianz der Residuen für die unterschiedlichen Niveaus der Regierungszufriedenheit signifikante Unterschiede aufweist (Heteroskedastie), basieren die berechneten Konfidenzintervalle auf robusten Standardfehlern. Die Modellgüte ist in der Quellenangabe der Abbildung abzulesen.

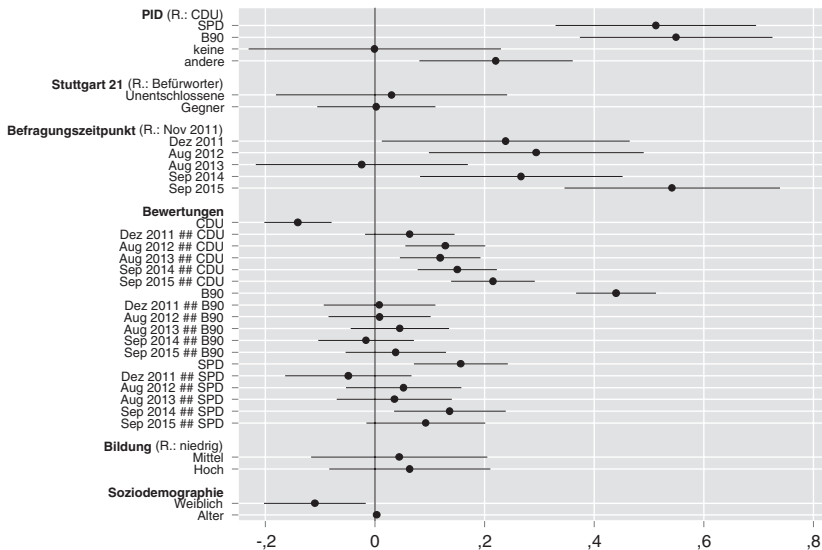


Abb. 6 Determinanten der Regierungszufriedenheit (OLS-Regression, robuste Standardfehler). (Quelle: Eigene Berechnungen; berichtet werden Regressionskoeffizienten; adj. $R^2 = 0,48$, RMSE = 1,9)

Zunächst ist dabei festzuhalten, dass sich eine mögliche Parteiidentifikation mit SPD, B90/Die Grünen oder einer anderen Partei im Vergleich zu einer Parteiidentifikation mit der CDU positiv auf die Regierungszufriedenheit auswirkt. Dies entspricht sowohl den formulierten Hypothesen. Gleiches gilt für die positiven Effekte der Skalometerdaten von SPD und B90/Die Grünen – wer eine der beiden Parteien „gut findet“, der ist meist auch zufrieden mit der Regierung. Dies ändert sich auch im Zeitverlauf nicht.

Anders verhält es sich jedoch mit den Skalometerdaten der CDU. Ist dieser Effekt am Anfang der Befragungszeit noch statistisch signifikant negativ, dreht er sich spätestens zu den beiden letzten Befragungszeitpunkten im September 2014 und September 2015, wie anhand der Interaktionen gezeigt werden kann.⁴ Dazu kommt der Effekt des Befragungszeitpunktes. So gibt es eine allgemeine Steigerung der Zufriedenheit mit der Landesregierung im Zeitverlauf, die nicht durch die im Modell vorhandenen Einflussfaktoren erklärt werden kann.⁵

Wie durch die hohe Stabilität der Verteilung von Stuttgart 21-Befürwortern und Gegnern bereits erwartbar, ist dieser Effekte dabei auch nicht auf das Sachthema Stuttgart 21 zurückzuführen.

Das für die Regierungszufriedenheit angewandte Modell wird im Folgenden auch auf die abhängige Variable „Grünen-Wahl“ angewandt (Abb. 7). Anders als bei dem vorhergegangenen Modell handelt es sich an dieser Stelle um eine dichotome abhängige Variable, die die Berechnung einer logistischen statt einer linearen Regression notwendig macht. Abgetragen als Punkte werden in diesem Fall Logit-Koeffizienten, die dazugehörigen Konfidenzintervalle wurden erneut für ein Vertrauensniveau von 95 % berechnet.

Die Grünen profitieren dabei zumindest leicht von einer positiven Evaluierung der Landesregierung,⁶ was die eingangs formulierte Hypothese der asymmetri-

⁴An dieser Stelle ist bei der Interpretation der Effekte zu beachten, dass die signifikanten Einflüsse der Interaktionen *nicht unabhängig* vom Skalometereffekt der CDU interpretiert werden können, sondern nur einen zusätzlichen Effekt im Zeitverlauf darstellen, der zur Gesamtbewertung verrechnet werden muss.

⁵Der Einbruch im August 2013 lässt sich dabei leicht mit der Nähe zur Bundestagswahl 2013 erklären. Zahlreiche Publikationen haben nachgewiesen, dass Erwägungen auf Landesebene auch immer stark mit der Bundesebene verknüpft sind (Dinkel 1977; Reif und Schmitt 1980; Völkl 2009). Dieser Effekt vergrößert sich mit der zeitlichen Nähe zur Bundestagswahl. Die Befragung im August 2013 stand also im Schatten der Bundestagswahl.

⁶Dies ist bei der (in diesem Artikel jedoch nicht gezeigten) SPD nicht der Fall. Weitere Analysen zur Situation der SPD und den Determinanten der SPD-Wahl in Baden-Württemberg siehe Debus (2017) in diesem Band.

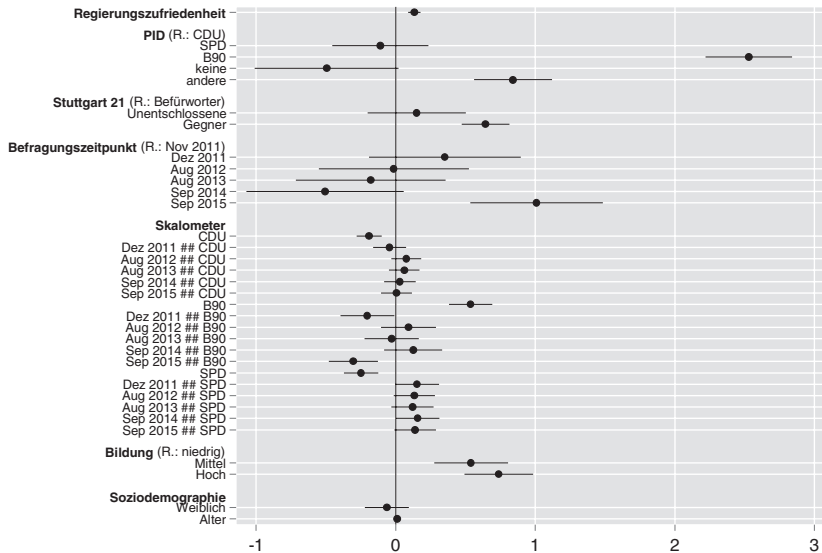


Abb. 7 Determinanten der Grünen-Wahl (Logit-Regression). (Quelle: Eigene Berechnungen; berichtet werden Logit-Koeffizienten; McFadden's adj. $R^2 = 0,43$; Count- $R^2 = 0,86$)

schen Interdependenz zwischen Regierungsbewertung und Parteibewertung bestätigt. Für einen positiven Effekt sorgen zudem die Parteiidentifikation mit den Grünen selbst sowie die positive Bewertung der Grünen bei den Skalometerdaten.

Die Grünen bleiben zudem auch nach der Wahl 2011 weiterhin die Partei, die die Gegner von Stuttgart 21 am ehesten vertritt. Auch wenn dies an dieser Stelle nicht dargestellt wird, so hat sich bei weiteren Analysen gezeigt, dass eine Interaktion dieser Variable mit dem Befragungszeitpunkt allenfalls einen vernachlässigbaren statistisch signifikanten Effekt ergibt.

Interessant hingegen sind die anderen in der Abbildung erkennbaren Effekte des Befragungszeitpunktes, insbesondere gepaart mit den Bewertungsfragen: So übt der Befragungszeitpunkt im September 2015, also rund ein halbes Jahr vor der Landtagswahl 2016, einen positiven Effekt auf die Grünen-Wahl aus – wenig überraschend, wenn dies mit den Sonntagsfragen zu diesem Zeitpunkt verglichen wird, die in Abb. 2 dargestellt wurden. Dass dieser Effekt jedoch in Kombination mit den Bewertungen der Grünen zu diesem Zeitpunkt negativ interagiert, kann als weiteres Zeichen für die Ablösung der Grünen aus den Kontexten vor der Wahl 2011 und dem Sachthema Stuttgart 21 gesehen werden.

Die Faktoren für die Wahl der CDU hingegen (Abb. 8) scheinen im Zeitverlauf keinen Schwankungen zu unterliegen. So führen hier gemäß dem Modell des sozialpsychologischen Ansatzes die Parteiidentifikation mit der CDU sowie die Bewertung der CDU als Partei zu einer höheren Wahlwahrscheinlichkeit. Weder die Interaktionen mit den Befragungszeitpunkten, noch die Befragungspunkte an sich weisen hier einen nennenswerten signifikanten Effekt auf. Gleichwohl ist die Regierungsbewertung auch hier ein modellierender Faktor, der aber nur einen vergleichsweise geringen Effekt aufweist: Bei einer Person, die ansonsten bei allen Faktoren einen durchschnittlichen Wert aufweist, liegt die Differenz in der Wahlwahrscheinlichkeit der CDU bei einer Abweichung von einer Standardabweichung um das arithmetische Mittel herum (also für rund 67 % aller Fälle) bei nur rund 11 %. Stuttgart 21 bleibt auch hier wenig überraschend weiterhin ein Faktor, der bei Zustimmung eher zu einer höheren Wahrscheinlichkeit der CDU-Wahl führt. Die auch bei der Landtagswahl 2011 vorherrschenden Positionen bleiben also erhalten.

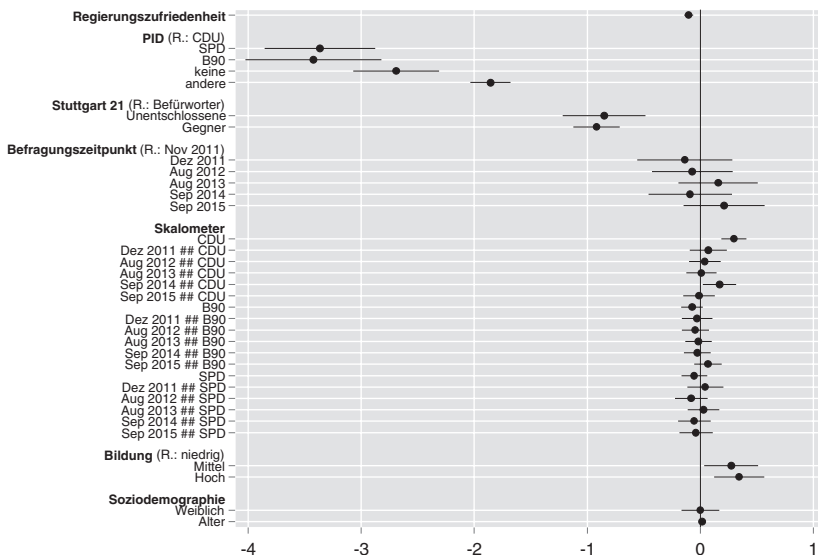


Abb. 8 Determinanten der CDU-Wahl (Logit-Regression). (Quelle: Eigene Berechnungen; berichtet werden Logit-Koeffizienten; McFadden's adj. $R^2 = 0,46$; Count- $R^2 = 0,87$)

5 Fazit

In unserem Beitrag haben wir uns empirisch den Fragen gewidmet, wie die Bürgerinnen und Bürger den Regierungswechsel und die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die grün-rote Regierung nach der Landtagswahl 2011 wahrgenommen und bewertet haben, ob die Polarisierungen vor der Wahl auch nach der Amtsübernahme Bestand hatten und wie sich die Regierungszufriedenheit, die Determinanten der Zufriedenheit sowie die Polarisierung des Parteiensystems im weiteren Verlauf der Legislaturperiode bis hin zur Landtagswahl 2016 entwickelten.

Hierbei gingen wir davon aus, dass die Wahrnehmungen der neuen Regierungen nach der Wahl zunächst durch Sachthemen und die Erwartung an die Regierung gefärbt wurden. Im weiteren Verlauf der Legislaturperiode, so unsere Hypothese, sollte die Relevanz der langfristigen Faktoren absinken und die Polarisierung des Parteiensystems, zumindest soweit primär durch die Themen vor der Landtagswahl 2011 hervorgerufen, wieder abnehmen.

Um unsere Fragen zu beantworten, standen uns die Daten aus insgesamt sechs repräsentativen Telefonbefragungen zur Verfügung, die den gesamten Zeitraum der Legislaturperiode abdeckten.

Das Ergebnis unserer Analysen weist dabei primär in eine Richtung: Driften die beiden „großen Parteien“ des baden-württembergischen Landtages (Die Grünen und CDU) nach der Landtagswahl 2011 in ihren Stimmenverhältnissen zunächst auseinander (stellte sich also eine „Normalisierung“ der baden-württembergischen Verhältnisse ein, bei denen die CDU die stärkste Kraft im Land war) kam es ab Mitte 2014 zu einer immer stärkeren (auf die Stimmenverhältnisse bezogen) Angleichung der Parteien, die schließlich bei der Landtagswahl 2016 zu einer Umkehr der bisherigen Konstellation führte. Die Gründe hierfür, so konnten unsere Analysen zeigen, liegen dabei weniger in den „Fehlern“ der CDU begründet, als in der Stärke der grün-roten Regierung. Diese konnte nicht nur bei ihren eigenen Anhängern punkten, sondern auch die Anhänger der anderen Parteien immer mehr für sich gewinnen. Die Folge war ein parteiübergreifender Aufschwung der Regierungszufriedenheit.

Am Ende einer jeden Legislaturperiode steht schließlich immer eine Wahl, die auch die Zufriedenheit mit der letzten Legislaturperiode reflektiert. In diesem Wahlergebnis der baden-württembergischen Landtagswahl 2016 lässt sich dies sehr schön ablesen. So dürfte das starke Wahlergebnis der Grünen bei dieser Landtagswahl, während die Partei durch das Fehlen des Fukushima-Effektes in den anderen Landesverbänden starke Verluste erlitt, maßgeblich auf die fünfjährige Regierungsführung unter Winfried Kretschmann zurückzuführen sein.

Wie hielten es die Wähler also mit Grün-Rot? Man fühlt, sie stehen ihr gut. Ließen sie vielleicht auch nicht Leib und Blut – um weiter beim Faust zu bleiben – so waren zumindest einige CDU-Wähler bereit für die Konstellation ihre Stimme den Grünen zu geben (Infratest dimap 2016). Und das ist im Ländle wohl mindestens vergleichbar.

Literatur

- Blumenberg, J. N., und T. Faas. 2013. Stuttgart 21: Einstellungen und Emotionen. In *Der historische Machtwechsel: Grün-Rot in Baden-Württemberg*, Hrsg. U. Wagschal, U. Eith, und M. Wehner, 229–246. Baden-Baden: Nomos.
- Brettschneider, F., und T. Schwarz. 2013. „Stuttgart 21“, die baden-württembergische Landtagswahl und die Volksabstimmung 2011. In *Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*, Hrsg. F. Brettschneider und W. Schuster, 261–298. Wiesbaden: Springer VS.
- Bürklin, W. P. 1988. *Wählerverhalten und Wertewandel*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Butt, S. 2006. How voters evaluate economic competence: A comparison between parties in and out of power. *Political Studies* 54 (4): 743–766. doi:[10.1111/j.1467-9248.2006.00631.x](https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2006.00631.x).
- Campbell, A., P. E. Converse, W. E. Miller, und D. E. Stokes. 1960. *The American voter*. New York: Wiley.
- Debus, M. 2017. Verrückte Verhältnisse? Wahlverhalten und Parteienwettbewerb in Baden-Württemberg zwischen 2011 und 2016. In *Das grün-rote Experiment – Eine Bilanz der Landesregierung Kretschmann*, Hrsg. F. Hörisch und S. Wurster. Wiesbaden: Springer VS.
- Dinkel, R. 1977. Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen. *Politische Vierteljahresschrift* 18 (2/3): 348–359.
- Evans, J. 2004. *Voters & voting: An introduction*. London: SAGE.
- Faas, T., und J. N. Blumenberg. 2012. Die Vermessung der Dynamik: Eine rollierende Panelstudie im Vorfeld der baden-württembergischen Landtagswahl 2011. *Methoden, Daten, Analysen (mda)* 6 (2): 157–183.
- Faas, T., und J. N. Blumenberg. 2013. Jenseits der Volksabstimmung: Einstellungen zu „Stuttgart 21“ und zur Demokratie in Baden-Württemberg, 2010–2012. In *Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*, Hrsg. F. Brettschneider und W. Schuster, 299–318. Wiesbaden: Springer VS.
- Fiorina, M. P. 1981. *Retrospective voting in American national elections*, Bd. 394. New Haven: Yale University Press.
- Franklin, C.H. 1984. Issue preferences, socialization, and the evolution of party identification. *American Journal of Political Science* 28 (3): 459. doi:[10.2307/2110900](https://doi.org/10.2307/2110900).
- Gabriel, O.W., und B. Kornelius. 2012. Die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011: Zäsur und Zeitenwende? *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 43 (4): 784–804.
- Infratest Dimap. 2016. Wählerwanderungen Landtagswahl Baden-Württemberg. https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/analyse-wanderung.shtml#15_Wanderung_GRÜNE. Zugriffen: 14. Apr. 2016.

- Peffley, M., S. Feldman, und L. Sigelman. 1987. Economic conditions and party competence: Processes of belief revision. *The Journal of Politics* 49 (1): 100–121.
- Petrocik, J.R. 1996. Issue ownership in presidential elections, with a 1980 case study. *American Journal of Political Science* 40 (3): 825–850. doi:[10.2307/2111797](https://doi.org/10.2307/2111797).
- Reif, K., und H. Schmitt. 1980. Nine second-order national elections – A conceptual framework for the analysis of European election results. *European Journal of Political Research* 8 (1): 3–44. doi:[10.1111/j.1475-6765.1980.tb00737.x](https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.1980.tb00737.x).
- Roth, D. 2013. Baden-Württemberg 2011: Was entschied die Wahl? In *Der historische Machtwechsel: Grün-Rot in Baden-Württemberg*, Hrsg. U. Wagschal, U. Eith, und M. Wehner, 15–30. Baden-Baden: Nomos.
- Schoen, H., und C. Weins. 2014. Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In *Handbuch Wahlforschung*, Hrsg. J. W. Falter and H. Schoen, 241–329. Wiesbaden: Springer VS.
- Völkl, K. 2009. *Reine Landtagswahlen oder regionale Bundestagswahlen?: Eine Untersuchung des Abstimmungsverhaltens bei Landtagswahlen; 1990–2006*. Baden-Baden: Nomos.

Über die Autoren

Johannes N. Blumenberg, M.A. ist Wissenschaftsmanager für das Doctoral Programme von GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Wahl- und Wählerforschung, Politische Psychologie (insbesondere Identifikationsprozesse sowie Stereotype) sowie Survey Methodology.

Prof. Dr. Thorsten Faas ist seit 2012 Professor für Empirische Politikforschung an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Zu seinen Forschungsbereichen zählen Wahlen, Wahlkämpfe und Wahlstudien.